

<p style="text-align: center;">Stellungnahme zum Haushalt 2016 Vors. der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen - Christine Brach -</p>
--

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

eigentlich könnten wir zum aktuellen Haushalt unsere Ausführungen vom April letzten Jahres mit ein paar kleinen Änderungen wieder verlesen – viel hat sich leider in der dort von uns geforderten Richtung nicht verändert, auch wenn „*mehr Transparenz und demokratisches Miteinander, Gräben überwinden, über den Tellerrand schauen*“ zu Beginn der neuen Legislaturperiode 2014 sowohl von Bürgermeister als auch der neuen GroKo aus CDU und SPD beschworen wurde.

Wir werden daher – auch aus Solidarität mit den fraktionslosen Kolleginnen und Kollegen, welche zwar ebenfalls über den Haushalt abstimmen, denen aber zu dessen Inhalten nur ein statement gestattet ist, - heute lediglich eine (kürzere) Stellungnahme abgeben.

Voranstellen möchten wir dieses Mal einige Textpassagen aus der Internetpräsenz des Projekts „**Offener Haushalt**“ (Hinweis: „Staat“ steht hier ebenso für „Gemeinde“, da sich das Projekt an alle öffentlichen Haushalte wendet).

„Zum einen nimmt der Staat über Steuern und Abgaben Geld ein. Zum anderen müssen jedoch zur Deckung der Staatsausgaben zusätzlich immer wieder Schulden aufgenommen werden. Das Defizit wird letzten Endes der Allgemeinheit wieder in Form von höheren Abgaben und Steuern in Rechnung gestellt.

Doch wofür gibt der Staat im Detail eigentlich wieviel Geld aus?

*Diese Frage will „**Offener Haushalt**“ helfen zu beantworten. Durch unsere Darstellung werden die komplexen Daten des Bundeshaushalts und verschiedener Haushalte auf Landes- und Kommunalebene grafisch erschlossen und zudem in offenen und wiederverwendbaren Datenformaten zugänglich gemacht.*

So können die Informationen ausgewertet, visualisiert und so ins Verhältnis zu anderen Daten gesetzt werden. Von uns werden die Daten dabei (...) lediglich in einer anderen Form dargestellt.

Wir sind uns sicher, den Bundeshaushalt damit leichter verständlich zu machen.

Dadurch möchten wir einen Beitrag dazu leisten, Regierungshandeln transparenter und nachvollziehbarer zu machen.“

Transparenz und Verständlichkeit sollten für Bürgermeister und (neue) politische Mehrheit, wie oben erwähnt, die neue Grundlage des „Reichshofer Regierungshandelns“ sein - davon ist bis jetzt nichts zu spüren.

Wir nehmen also die Vorgenannten erneut beim Wort und kommen damit wieder zurück zum Reichshofer Haushalt:

Zu den schon im Vorjahr benannten Ärgernissen hat sich nun ein weiteres und finanziell brisantes Thema hinzugesellt:

Das „Integrierte Handlungskonzept“ (IHK) für die Gemeinde Reichshof, für das im Zeitraum bis 2020 und möglicherweise darüber hinaus erhebliche Haushaltsmittel bereitgestellt werden müssen.

Dass Bemühungen um Mittel aus dem Städtebauförderungsprogramm dank unserer mehrfachen Nachfragen in Rat und Ausschüssen nun endlich auch in Reichshof auf den Weg gebracht wurden, begrüßen wir natürlich grundsätzlich.

Aber: im Blick auf die aktuelle Haushaltslage und die Vorgehensweise unserer Verwaltung (welche nur dank der „neuen politischen Mehrheit“ möglich war), stellen wir die Frage, wie Eigenanteile in Millionenhöhe nicht nur für Eckenhagen, sondern auch für die folgenden Teilkonzepte (Denklingen/Brüchermühle, Hunsheim und Wildbergerhütte) dargestellt bzw. begründet werden sollen, wenn deren Eignung bzw. Wirksamkeit für eine zukunftsfähige Entwicklung der Gemeinde fraglich ist und nicht ausreichend geprüft wurde?

Die bisherigen Darstellungen dazu belegen dies aus unserer Sicht keinesfalls, und auch Nachfragen zu möglichen Folgekosten von Einzelmaßnahmen des vorliegenden IHK konnten von Bürgermeister, Verwaltung bzw. den Vertretern des beauftragten Planungsbüros nicht schlüssig beantwortet werden.

Auch wenn beim - übrigens keineswegs ursprünglich im „Gebäudesanierungs-Programm Reichshof“ enthaltenen, sondern nachträglich aufgenommenen - Projekt „Aula Gesamtschule Eckenhagen“ die Inanspruchnahme der städtebaulichen Fördermittel sinnvoll erscheint, da die dafür veranschlagten Sowieso-Kosten von rund 3 Millionen € über dem nun prognostizierten Eigenanteil der Gemeinde für dieses und alle anderen Projekte des IHK (rund 2,8 Millionen €) liegen - wir kennen für die oben genannten Ortszentren keine Vorhaben, die ähnliche Konzepte rechtfertigen würden. Vielleicht hat die Verwaltung sie ja schon in der Schublade liegen?

Es drängt sich der Verdacht auf, dass hier, wie leider schon oft geschehen, ohne frühzeitige bzw. angemessene Politik- und Öffentlichkeitsbeteiligung zur Erlangung von Fördermitteln scheinbar prestige-trächtige Projekte konstruiert werden, die eigentlich unnötig und überflüssig sind. Aber sie kosten Geld – nämlich kommunale Eigenmittel, die für andere Zwecke dringender benötigt werden. Darüber kann man sich gern und ausführlich bei den Rechnungshöfen von Bund und Ländern sowie beim Bund der Steuerzahler informieren.

Diese Situation ist aus unserer Sicht bereits im vorliegenden IHK gegeben, dessen Förderantrag, wie von der Verwaltung unlängst dargestellt, unter größtem Zeitdruck entstanden ist, um dann im bekannten Hau-Ruck-Verfahren in den Gremien durchgeboxt zu werden.

Auch aus diesem Grunde stellen wir die Zustimmung zu einem Konzept in Frage, das seiner Zielsetzung mit Blick auf die Einzelmaßnahmen nur teilweise gerecht wird und hinsichtlich der Finanzierung und der Folgekosten viele Fragen offen lässt.

Auch beim Tourismuskonzept, das ja mit dem o.g. Konzept Berührungspunkte aufweist, ergeben sich aus dieser Sicht einige Zweifel:

Welchen Nutzen sollen zusätzliche Angebote bzw. die damit verbundenen Investitionen bringen, wenn die erforderliche Infrastruktur (Erreichbarkeit, passende Übernachtungsangebote und sonstige touristische Infrastruktur) nicht vorhanden ist / geschaffen wird?

Wenn man sich schon als Bürgermeister/Gemeindeverwaltung gern mit fremden Federn schmückt, sei es der Fahrradpark Reichshof, der bergische Panoramasteig oder die Wintersportregion Reichshof (die maßgeblichen Anstrengungen dazu haben neben regionalen Tourismus-Institutionen vor allem engagierte Einzelpersonen, Unternehmer und Gewerbetreibende aus Reichshof geleistet), ist es schon fast peinlich, wenn man gleichzeitig bei der Diskussion „Industrie- und Gewerbeansiedlung vs. Natur- und Erholungsraum“ davor die Augen zumacht, dass in der Feriengemeinde Reichshof die Routen des Fahrradparks von Schlaglöchern gepflastert sind, der Fernwanderweg möglicherweise durch ein Gewerbegebiet zerschnitten werden wird und nicht jede touristische Idee, die andernorts etabliert (und bereits wieder aufgegeben) wurde, auch für unsere Gemeinde geeignet ist .

Statt hier auf noch einen mountain-bike-trail mehr, noch einen Klettergarten mehr oder noch einen Sinnespfad mehr zu setzen, sollte man sich vielleicht eher Gedanken zu „Alleinstellungsmerkmalen“ der Tourismusgemeinde Reichshof machen.

Gemeinsames Arbeiten an der Zukunft unserer Gemeinde stellen wir uns anders vor!

Mit besonderem Augenmerk auf diesen misslungenen Startschuss zu einer angeblich zukunftsfähigen Entwicklung in unserer Gemeinde ist daher auch in diesem Jahr eine Zustimmung unserer Fraktion zum Haushalt nicht zu haben.

Damit solche exemplarischen Beispiele für den verfehlten Einsatz gemeindlicher Mittel künftig gestoppt werden und alle Reichshofer SteuerzahlerInnen einen besseren Einblick in die Ver(sch)wendung ihrer steigenden Abgaben bekommen, kehre ich nun wieder zu unserem Anliegen vom Anfang zurück:

Wir werden uns für eine Teilnahme am Projekt „Offener Haushalt“ einsetzen, damit die gemeindlichen Finanzen für Bürgerschaft und Politik gleichermaßen verständlicher und transparenter werden. In diesem Zusammenhang ist auch unbedingt erforderlich, die lang überfällige bzw. vernachlässigte Leitbilddiskussion wieder aufzunehmen.

Nur wenn Verwaltungs- und politisches Handeln transparent, klar formuliert, wirklich gemeinsam getragen und nachvollziehbar im gemeindlichen Haushalt dargestellt wird, können wir es unseren BürgerInnen positiv vermitteln!

Abschließend möchte ich auch heute unseren Dank wieder allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die unsere Arbeit in vieler Form unterstützen, und allen Ehrenamtlern, die unersetzliche Arbeit leisten, aussprechen - aus aktuellem Anlass auch all denjenigen, die sich im Rahmen der Flüchtlingshilfe bemühen!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.